KirchenVolksBewegung Wir sind

1 Jahr Ende Gesprächsprozess

"Wann sind die Bischöfe endlich zu partizipativen Strukturen bereit?"

Wir sind Kirche unterstützt Forderungen nach einer deutschen Synode

Pressemitteilung München, 5. September 2016

Ein Jahr nach Ende des fünfjährigen Gesprächsprozesses (11./12. September 2015) muss mit großer Enttäuschung festgestellt werden, dass es noch immer keine konkreten Vorstellungen und keinen Zeitplan gibt, wie dieser Prozess partizipativ gestaltet, verbindlich fortgeführt und weiterentwickelt werden kann, so wie es die Bischöfe einmal zugesagt hatten. Die Befürchtungen, der von den Bischöfen gesteuerte Gesprächsprozess sei nur ein "Sandkastenspiel" und die "Illusion eines Neubeginns" gewesen, haben sich nach Meinung von Wir sind Kirche in Vielem bestätigt. Eine verantwortliche Mitwirkung des Kirchenvolkes wird von einem Großteil der Kirchenleitung immer noch nicht gefördert. Deshalb unterstützt die KirchenVolksBewegung Wir sind Kirche die Forderungen, eine deutsche Synode nach dem Vorbild der "Würzburger Synode" (1971-1975) einzuberufen, bei der alle Teilnehmenden gleiches Stimmrecht und Entscheidungsbefugnisse hatten.

Papst Franziskus fordert Synodalität auf allen Ebenen

Wenn es kirchenrechtlich derzeit nicht möglich ist, eine Synode nach diesem Vorbild durchzuführen, so sollten die Bischöfe sich zumindest zu anderen Formen der Synodalität, d.h. der gemeinsamen verantwortlichen Gestaltung kirchlichen Lebens zusammen mit dem Kirchenvolk, bekennen. Damit die von Papst Franziskus propagierte Synodalität auf allen Ebenen auch praktiziert werden kann, ist allerdings eine Korrektur des Kirchenrechts erforderlich, für die die Bischöfe sich in Rom einsetzen müssen.

Reflexion des bischöflichen Gesprächsprozesses ohne die Bischöfe?

Die erste Reflexionstagung der Katholischen Akademie "Die Wolfsburg" am 1./2. September 2016 zeigte jedoch, wie weit die Kirche in Deutschland immer noch von der Vorgabe von Papst Franziskus "Kirche und Synode sind Synonyme" (so auch der Titel der Tagung) entfernt ist, die dieser im Oktober zum 50-jährigen Jubiläum der weltweiten Bischofssynode gemacht hatte. Nur zwei Bischöfe nahmen an dieser ersten Reflexionstagung teil: der Essener Ortsbischof Dr. Franz-Josef Overbeck, der auch der Steuerungsgruppe der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) angehörte, sowie Bischof Dr. Gebhard Fürst, Geistlicher Assistent des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK). Das Thema steht auch nicht auf der veröffentlichten Tagesordnung der Herbstvollversammlung der DBK in Fulda.

Die Tagung machte auch deutlich, wie schlecht es um die grundsätzliche Zusammenarbeit zwischen DBK und ZdK in der "Gemeinsamen Konferenz" bestellt ist, die nach der Würzburger Synode 1975 eingerichtet wurde, aber von vielen Bischöfen einfach ignoriert wird. Bereits 2007/2008 hatte die "Gemeinsame Konferenz" die Idee eines bundesweiten "Zukunftsforums" entwickelt, die dann jedoch am Veto der Bischofskonferenz scheiterte. Bei vielen Bischöfen scheint die Anfang der 1990er Jahre – also noch vor dem Kirchenvolksbegehren1995 – vom ZdK konstatierte Dialogverweigerung fortzubestehen.

Die neu entstandene Gesprächskultur ist ein zu mageres Ergebnis

Die von den Akteuren immer wieder betonte neu entstandene Gesprächskultur nach dem massiven

Glaubwürdigkeitsverlust im Jahr 2010 ist ein zu mageres Ergebnis für den bisherigen zeit- und geldaufwändigen Prozess, wie die weiterhin sehr hohen Kirchenaustrittszahlen zeigen. Diese waren 2015 sogar noch höher als im Jahr 2010, in dem das Ausmaß der Vertuschung sexualisierter Gewalt in der Kirche offenkundig wurde. Die von den Bischöfen als Ergebnis des Gesprächsprozesses reklamierten Änderungen im kirchlichen Arbeitsrecht und beim Umgang der Kirche mit geschiedenen Wiederverheirateten sind vom Gesprächsprozesses nicht initiiert, sondern allenfalls begleitet worden. Das Arbeitsrecht ist auf Grund gesetzlicher Vorgaben angepasst worden; die Befassung mit der Geschiedenenpastoral war durch die Bischofssynode in Rom vorgegeben.

Gottesfrage und Strukturfragen nicht gegeneinander ausspielen!

So wichtig die Gottesfrage und die Beschäftigung mit den tieferen Ursachen der gegenwärtigen Glaubensund Kirchenkrise ist: Die immer wieder als Reizthemen diskreditierten Themen wie Frauenbeteiligung, PflichtZölibat und Sexuallehre dürfen nicht gegen die Gottesfrage ausgespielt werden. Denn die Zurücksetzung von
Frauen in der römisch-katholischen Kirche hat viel mit einem patriarchalen, autoritären Gottesbild zu tun, das
sich nicht von der Botschaft des Neuen Testaments ableiten lässt. Und die wegen des Priestermangels
vorgenommenen Pfarreischließungen und -zusammenlegungen sind mitverantwortlich für die Entfremdung
vieler von Glauben und Kirche. Es gibt genügend Männer und Frauen, die zur Gemeindeleitung fähig sind,
man dürfte diese Befähigung nur nicht allein einem zölibatären Mann zusprechen. Die Sexuallehre der Kirche
bedarf einer grundlegenden Reform, die die Botschaft vom liebenden und barmherzigen Gott ernst nimmt.

Pressekontakt Wir sind Kirche-Bundesteam:

Magnus Lux, Tel: 0176-41 70 77 25, E-Mail: lux@wir-sind-kirche.de Christian Weisner, Tel. 0172-5184082, E-Mail: presse@wir-sind-kirche.de

Weitere Informationen:

Wir sind Kirche zum "Gesprächsprozess" der Bischofskonferenz 2010-2015

> Wir sind Kirche-Themenseite

Gerhard Kruip, Luisa Fischer: Der Gesprächsprozess der Deutschen Bischofskonferenz: Drama oder Tragödie in fünf Akten?

> HerderKorrespondenz 10/2015 Seite 26-30

Essens Generalvikar: Viel Frust und Lethargie in der Kirche

> kirchensite Bistum Münster 31.8.2016

Fachtagung zur Wirkung und Nachhaltigkeit der Dialog- und Gesprächsprozesse der katholischen Kirche in Deutschland

1./2. September 2016 Katholische Akademie "Die Wolfsburg" in Kooperation mit DBK und ZdK

> Bericht (Text: DBK)

"Auch weiterhin bleibt es unsere Aufgabe, nach Wegen zu suchen, die Partizipation und Leitung in der Kirche zusammenbringen"

gemeinsame Pressemitteilung von DBK und ZdK

Bischöfe und Laien treibt Frage nach Kirchen-Reformen weiter um

> KNA 5.9.2016

"Wir sind Kirche" fordert neue Synode für Deutschland

> KNA 5.9.2016

Zuletzt geändert am 06.09.2016